

Inklusion in Baden-Württemberg – Anspruch und Realität

Was bedeutet Inklusion heute wirklich – und wo stehen wir in Baden-Württemberg?

Die aktuelle Sendung des Südwestrundfunk „Zur Sache Baden-Württemberg“ geht genau dieser Frage nach und beleuchtet eindrücklich die Lebensrealität von Menschen mit Behinderung sowie die Herausforderungen für Familien, Einrichtungen und Kommunen.

Zwischen Fortschritt und Hürden

Der Film zeigt deutlich: Inklusion ist gesellschaftlich gewollt – ihre Umsetzung jedoch oft schwierig. Betroffene berichten von alltäglichen Barrieren, hohem organisatorischem Aufwand und fehlender Unterstützung. Gleichzeitig wird sichtbar, unter welchem Druck Kommunen und Einrichtungen stehen, wenn es um Finanzierung und Strukturen geht.

Eine zentrale Erkenntnis des Beitrags:

Nur ein kleiner Teil der Behinderungen besteht von Geburt an – die meisten entstehen im Laufe des Lebens.

Das macht deutlich: Inklusion ist kein Nischenthema, sondern betrifft uns alle.

Hier können Sie den Beitrag ansehen:

Was im Beitrag fehlt – und worüber wir

sprechen müssen

Der Filmbeitrag zeigt wichtige Aspekte von Inklusion im Alltag. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass vor allem **gesellschaftlich akzeptierte und vergleichsweise „leichtere“ Formen von Behinderung** sichtbar werden.

Barrieren für blinde Menschen sind unerquicklich. Menschen mit Down-Syndrom werden – wenn man sie kennt – oft geschätzt. Und auch ein Elektrorollstuhl macht Mobilität möglich, wenn die Umgebung passt.

Doch Inklusion darf hier nicht stehen bleiben.

Denn es gibt eine Realität, die im öffentlichen Diskurs nicht vorkommt:

Menschen mit schwersten Beeinträchtigungen – insbesondere mit intensivem Pflege- und Betreuungsbedarf – geraten zunehmend aus dem Blick.

Angehörige berichten von **lebensbedrohlichen Situationen in Pflegeeinrichtungen**, vom Wegfall spezialisierter Einrichtungen (z. B. im Bereich der neurologischen Phase F) und davon, dass Betroffene heute oft nur noch **notdürftig in überlasteten Alten- und Pflegeheimen versorgt werden**.

Das hat mit einer schrittweisen Verbesserung von Inklusion nichts mehr zu tun.

Hier geht es nicht um Teilhabe – hier geht es um **Würde, Versorgungssicherheit und im Extremfall um Leben und Tod**.

Verantwortung darf nicht ausgelagert werden

Natürlich leben wir in einer freien Marktwirtschaft. Niemand kann gezwungen werden, spezialisierte Einrichtungen für neurologisch Erkrankte zu betreiben oder komplexe Versorgungsstrukturen vorzuhalten.

Aber:

Die Politik trägt Verantwortung für die Rahmenbedingungen.

Wenn wirtschaftliche Anreize nahezu ausschließlich in Richtung Außerklinische Intensivpflege (AKI) gesetzt werden, ist es nachvollziehbar, dass sich Anbieter darauf konzentrieren. Doch was bedeutet das für all jene, die nicht in dieses System passen?

Warum entstehen Versorgungslücken gerade dort, wo der Bedarf am größten ist?

Warum verlieren bestimmte Gruppen faktisch ihren Anspruch auf angemessene Versorgung?

Unsere Forderung

Alle Menschen sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – unabhängig von Art und Schwere ihrer Behinderung.

Deshalb braucht es:

- gezielte **politische Steuerung und Anreize** auch für komplexe Versorgungsbereiche
- den **Erhalt und Wiederaufbau spezialisierter Einrichtungen**
- eine Versorgung, die sich am Bedarf orientiert – nicht an Wirtschaftlichkeit
- eine klare Haltung: **Schwere Behinderung darf nicht zur Versorgungslücke und zu einem unwürdigen Leben werden**

Inklusion bedeutet mehr

Inklusion darf sich nicht daran messen lassen, wie gut sie bei den „einfacheren“ Fällen funktioniert.

Sie zeigt sich dort, wo es extrem schwierig wird.



brainWEEK - Ausstellung „Freiheit des Prismas“ im KunstRaum Neumarkt

Vom 28. März bis 18. April 2026 ist im KunstRaum am Klostertor in Neumarkt die Ausstellung „Freiheit des Prismas“ der Nürnberger Grafikerin **Nicole Weidner** zu sehen. Die 54-jährige Künstlerin verbindet in ihren Arbeiten intensive Farben mit der Einladung, in einer zunehmend digitalen Welt bewusst einen Moment der Ruhe und Konzentration zu finden.



28.03
2026
17⁰⁰ UHR
VERNISSAGE

Freiheit des Prismas

NICOLE WEIDNER 28.03.-18.04.2026

KUNST
RAUM
KLOSTERTOR
KUNSTFÜRALLE. JARA NEUHAUS & CO.



Ein wichtiger Bestandteil ihres Wirkens sind **soziale und inklusive Projekte**. So arbeitete sie unter anderem mit der Selbsthilfegruppe „**Strohalm**“ zusammen und engagierte sich in Initiativen rund um Integration. Dabei versteht sie Kunst stets als verbindendes Element, das Menschen zusammenbringt und neue Perspektiven eröffnet.

Die aktuelle Ausstellung entsteht zudem im Umfeld der internationalen **brainWEEK 2026**, die sich mit Themen rund um Gehirn und Wahrnehmung beschäftigt. Weidners Werke greifen diesen Gedanken indirekt auf: Sie setzen bewusst auf analoge Sinneseindrücke und laden dazu ein, sich intensiv auf Farbe, Form und Stimmung einzulassen.

Zu den zentralen Arbeiten der Ausstellung gehören unter anderem die Werke „**Jadehase**“ sowie „**Soul Voyage**“, die Betrachterinnen und Betrachter auf eine imaginative Reise mitnehmen.

Ein besonderes Angebot erwartet Interessierte am **11. April**: Beim inklusiven Workshop „**Kunst für alle – Hab Spaß und mach's so gut, wie du kannst**“ werden gemeinsam **Aquarell-Lesezeichen** gestaltet. Gleichzeitig soll damit auf ein gesellschaftlich relevantes Thema aufmerksam gemacht werden: Rund **6,2 Millionen**

Menschen in Deutschland verfügen über nur eingeschränkte Lese- und Schreibfähigkeiten.

Die **Vernissage** findet am **28. März um 17 Uhr** statt. Die Eröffnung übernimmt **Oskar Reithmeier**, während **Peter Theil** eine Einführung in das Werk der Künstlerin gibt. Musikalisch begleitet wird der Abend vom italienischen Ensemble „**Acqua e Sapone**“.

Während der Ausstellung ist Nicole Weidner **samstags und sonntags von 14 bis 17 Uhr** persönlich im KunstRaum anwesend und freut sich auf Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern.

Ausstellungsort:

KunstRaum am Klostertor
Schwesterhausgasse 1, Neumarkt

Weitere Informationen:

www.malabenteuer.de

Neurotechnologien

Öffentliche Anhörung des Deutschen Ethikrats zu Neurotechnologien

Der Deutsche Ethikrat veranstaltet am **Donnerstag, 19. März 2026**, eine **öffentliche Online-Anhörung** zum Thema **Neurotechnologie**. Die Veranstaltung kann **ohne Anmeldung im Livestream** verfolgt werden.

Titel der Anhörung:

Neue Neurotechnologien – Ethik, Recht, Gesellschaft

Zeit: 13:00 – 17:30 Uhr

Livestream: www.ethikrat.org/live



**Öffentliche Anhörung
des Deutschen Ethikrats**

**Neue Neurotechnologien –
Chancen, Risiken, Ethik**

Donnerstag, 19. März 2026
13:00 – 17:30 Uhr

www.ethikrat.org/live

Neurotechnologien entwickeln sich derzeit mit großer Geschwindigkeit weiter. Neue technische Möglichkeiten – etwa durch Fortschritte in der Künstlichen Intelligenz oder bei Gehirn-Computer-Schnittstellen – eröffnen Chancen für Medizin und Rehabilitation, werfen aber auch wichtige gesellschaftliche Fragen auf.

Gerade für Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen können neurotechnologische Entwicklungen langfristig neue Möglichkeiten in der Diagnostik, Therapie und Teilhabe bieten. Gleichzeitig stellen sich grundlegende ethische Fragen, etwa zum Schutz der Persönlichkeit, zu Selbstbestimmung oder zu möglichen Risiken neuer Technologien.

In der Anhörung diskutiert der Deutsche Ethikrat gemeinsam mit Sachverständigen unter anderem folgende Fragen:

- Welche Chancen und Risiken entstehen, wenn Neurotechnologien Gefühle, Aufmerksamkeit oder Gedanken

erfassen oder beeinflussen können?

- Wer trägt Verantwortung, wenn Mensch-Maschine-Schnittstellen Entscheidungen oder Handlungen beeinflussen?
- Welche Auswirkungen können solche Technologien auf das Selbstverständnis von Menschen haben?
- Welche gesellschaftlichen Folgen könnten entstehen, wenn Neurotechnologien in Alltag, Bildung oder Arbeitswelt eingesetzt werden?

Die Diskussion ist auch für Selbsthilfeorganisationen und Betroffenenverbände von Interesse, da sie zentrale Fragen der medizinischen Innovation, der gesellschaftlichen Verantwortung und des Schutzes persönlicher Rechte berührt.

Weitere Informationen sowie eine Veranstaltungsbroschüre mit den Referentinnen und Referenten stellt der Deutsche Ethikrat auf seiner Website zur Verfügung.

„Inklusive Katastrophenvorsorge“ in Baden-Württemberg

Katastrophen und Krisensituationen treffen Menschen sehr unterschiedlich. Besonders gefährdet sind häufig Personen, die aufgrund von Alter, Behinderung, Krankheit oder sozialen Umständen zusätzliche Unterstützung benötigen. Vor diesem Hintergrund findet in Baden-Württemberg eine **Online-Vortragsreihe zur inklusiven Katastrophenvorsorge** statt.

Die Veranstaltungsreihe greift verschiedene gesellschaftliche Perspektiven auf und diskutiert, wie Katastrophenschutz so gestaltet werden kann, dass **alle Menschen – insbesondere besonders verletzbare Gruppen – besser berücksichtigt werden.**

Die Veranstaltungen finden jeweils **online von 18:30 bis 20:00 Uhr** statt:

Mittwoch, 18. März 2026

Katastrophenvorsorge, Alter und Pflegebedürftigkeit

Anmeldung:

<https://events.teams.microsoft.com/event/32bb6cd5-bc43-4c9f-be29-ec5f5c3388a7@a6e49460-5a9c-4ca5-b771-e7a7d990bd7f>

Mittwoch, 15. April 2026

Katastrophenvorsorge, Migration und Fluchterfahrungen

Anmeldung:

<https://events.teams.microsoft.com/event/be5c3eb8-3e6a-4664-9cc5-c019f90aelf6@a6e49460-5a9c-4ca5-b771-e7a7d990bd7f>

Mittwoch, 20. Mai 2026

Katastrophenvorsorge, Armut und Obdachlosigkeit

Anmeldung:

<https://events.teams.microsoft.com/event/5e57682d-396d-4ec4-b579-0f92d1ddbc10@a6e49460-5a9c-4ca5-b771-e7a7d990bd7f>

Mittwoch, 17. Juni 2026

Katastrophenvorsorge, Geschlecht und sexuelle Identität

Anmeldung:

<https://events.teams.microsoft.com/event/0263e25e-d3f2-4825-a738-856ff8b5d38a@a6e49460-5a9c-4ca5-b771-e7a7d990bd7f>

Die Initiative „Inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg“ möchte dazu beitragen, dass Katastrophenschutz künftig stärker die unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen berücksichtigt. Weitere Informationen zur Initiative finden sich auf den Webseiten des Innenministeriums Baden-Württemberg sowie des Deutschen Roten Kreuzes Landesverband Baden-Württemberg.

Auch aus Sicht von Menschen mit **erworbenen Hirnschädigungen und ihren Angehörigen** ist eine inklusive Katastrophenvorsorge von großer Bedeutung. In Krisensituationen können Orientierung, Kommunikation oder medizinische Versorgung schnell zu besonderen Herausforderungen werden.



Der Selbsthilfeverband FORUM GEHIRN e. V. hat sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt und eine Broschüre veröffentlicht:

„Katastrophenschutz darf die Schwächsten nicht vergessen“

Weitere Informationen dazu finden Sie hier:

<https://www.shvfg.de/2025/10/15/katastrophenschutz-darf-die-schwachsten-nicht-vergessen/>

Pflege und Förderung von Menschen mit Hirnschädigung

Einladung zum Angehörigenseminar

Wir laden Sie herzlich zu unserem Angehörigenseminar ein, das am **21. und 22. März 2026 im Therapiezentrum Burgau** stattfindet.

Das Seminar richtet sich an Angehörige von Menschen mit Hirnschädigung – insbesondere an Personen, die Menschen im Koma begleiten und pflegen.



Im Mittelpunkt stehen sowohl **theoretische Grundlagen als auch praktische Übungen**, die Sie unmittelbar im Pflegealltag unterstützen. Vorgestellt und eingeübt werden bewährte professionelle Konzepte wie das **Affolter-Modell**, das **Bobath-Konzept** sowie der **F.O.T.T.-Ansatz**. Ziel ist es, die Wahrnehmung der Betroffenen gezielt zu fördern, Bewegungsübergänge zu erleichtern und Sicherheit in der täglichen Pflege zu gewinnen.

Dank der **Förderung durch die AOK Baden-Württemberg** können wir dieses Seminar **für unsere Mitglieder kostenfrei** anbieten. Es fallen lediglich die individuellen Fahrtkosten an.

Eine **verbindliche Anmeldung** ist erforderlich und erfolgt über unsere Geschäftsstelle.

Nutzen Sie diese Gelegenheit, um Ihr Wissen zu vertiefen, praktische Fertigkeiten zu erlernen und die Pflegequalität für Ihren Angehörigen nachhaltig zu verbessern.

Wir freuen uns darauf, Sie in Burgau begrüßen zu dürfen.

Weitere Details finden Sie im **vollständigen Programm**, das Sie hier als **PDF-Datei [Flyer Burgau](#)** abrufen können.

Von der Krankenkasse im Stich gelassen

– wenn Ablehnung lebensgefährlich wird

Der im frontal – das Magazin- in der Sendung am 27. Januar

2026 gezeigte Fall steht beispielhaft für Erfahrungen, die dem SelbstHilfeVerband – FORUM GEHIRN e. V. seit Jahren gemeldet werden. Der Beitrag zeigt, wie bei einer Frau mit AKI eine medizinisch notwendige Versorgung von der Krankenkasse abgelehnt wird, obwohl dadurch eine akute Lebensgefahr entsteht. Gleichzeitig wird deutlich, dass in solchen Situationen frühzeitig das Thema palliative Versorgung angesprochen wird, obwohl weiterhin Behandlungsoptionen bestehen. AKI-Experte Sebastian Lemme, kämpft mit uns gegen diese Vorgehensweisen, auf höchster bundespolitischen Ebene.



Immer wieder berichten Betroffene und Angehörige, dass medizinisch notwendige Leistungen abgelehnt oder verzögert werden – selbst dann, wenn eine extreme Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens besteht. Besonders Menschen mit schweren neurologischen Erkrankungen und komplexen Versorgungsbedarfen geraten dadurch in eine Situation, in der nicht mehr die medizinische Einschätzung ausschlaggebend ist, sondern die Entscheidung einer Krankenkasse.

Besonders problematisch ist aus Sicht der Selbsthilfe, dass nach einer Akutversorgung nicht selten sehr früh das Thema palliative Versorgung angesprochen wird, obwohl weiterhin therapeutische Möglichkeiten bestehen. Angehörige empfinden dies als Signal, dass ihr Fall nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Behandlung, sondern primär unter Kostenaspekten betrachtet wird.

Der Beitrag macht deutlich, was viele Betroffene erleben: Die formale Möglichkeit von Widerspruch oder Klage hilft in akuten Situationen nicht weiter – Zeitverzug hat hier existenzielle Folgen.

Der SHV Baden-Württemberg sieht in solchen Fällen dringenden politischen und strukturellen Handlungsbedarf.

Krankenkassen tragen eine besondere Verantwortung. Entscheidungen über die Kostenübernahme dürfen nicht faktisch darüber entscheiden, ob eine notwendige Behandlung stattfindet oder nicht. Wo ärztlich eine klare Indikation besteht, muss die Versorgung sichergestellt sein – schnell, transparent und nachvollziehbar.

Zugleich ist die Politik gefordert,

- die Rechte von Patientinnen und Patienten zu stärken,
- Ablehnungspraktiken wirksam zu kontrollieren
- das IPReG endlich zum Wohl der schwerst-betroffenen Bürger zu ändern
- und sicherzustellen, dass wirtschaftliche Erwägungen nicht über medizinische Notwendigkeit gestellt werden.

Niemand darf das Gefühl haben, in einer lebensbedrohlichen Situation aufgegeben zu werden – nicht aus medizinischen Gründen, sondern aus Kostenerwägungen.

Der SHV-BW wird sich weiterhin dafür einsetzen, solche Fälle öffentlich zu machen, Betroffene zu unterstützen und auf strukturelle Missstände hinzuweisen.

Angehörige, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sind ausdrücklich eingeladen, sich bei mir, Karl-Eugen Siegel, Vorsitzender des SHV-BW zu melden: k.e.siegel@shv-forum-gehirn.de

Einen ausführlichen Beitrag von mir finden Sie auf der [SHV-Bund Homepage](#).

Den frontal – Beitrag in der ZDF-Mediathek:

<https://www.zdf.de/video/magazine/frontal-das-magazin-100/frontal-vom-27-januar-2026-100>

Öffentliche Anhörung zur Langzeitpflege

Einladung zum Livestream



Der Deutsche Ethikrat lädt am **22. Januar 2026** zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema **„Ethische Herausforderungen in der häuslichen und stationären Langzeitpflege“** ein.

Die Anhörung ist Teil der laufenden Arbeit des Ethikrates an einer Stellungnahme zur Langzeitpflege. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen und Perspektiven von **pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und professionell Pflegenden** sowie ethische Fragen der Finanzierung und Organisation von Pflege.

Die Veranstaltung findet von **13 bis 17 Uhr** statt und kann **kostenfrei und ohne Anmeldung** im Livestream verfolgt werden:

□ www.ethikrat.org/live

Als Sachverständige sind unter anderem Vertreterinnen und Vertreter aus Angehörigeninitiativen, Pflegeberufen, Wissenschaft und Einrichtungen der Langzeitpflege eingeladen.

Weitere Informationen sowie die Veranstaltungsbroschüre finden Sie unter:

www.ethikrat.org/veranstaltungen/anhoerungen/ethische-herausforderungen-in-der-langzeitpflege

Teilhabe und Pflege brauchen Schutz – warum wir jetzt aktiv werden müssen



Teilhabe und Pflege brauchen Schutz!
Jetzt unterschreiben für faire Standards!

- Mindeststandards erhalten!
- Schutzrechte verteidigen!

>> JETZT UNTERSCHREIBEN: www.unterschriftenaktion-pflegegesetz.de

Auch wer aktuell nicht betroffen ist, kann unterschreiben!

Im Februar kommenden Jahres wird im Landtag über das neue **Teilhabe- und Pflegequalitätsgesetz (TPQG)** entschieden. Die Landesregierung verfolgt damit das Ziel, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Dieses Anliegen ist

grundsätzlich nachvollziehbar und notwendig.

Gleichzeitig enthält der aktuelle Gesetzentwurf jedoch Regelungen, die aus unserer Sicht problematisch sind. Vorgesehen ist unter anderem, bestehende **Schutz-, Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte** deutlich zu reduzieren. Davon wären insbesondere Menschen mit Pflegebedarf, Menschen mit Hirnverletzungen sowie Menschen mit Behinderungen betroffen.

Besondere Auswirkungen hätte das Gesetz auf **ambulant betreute Wohnformen und Hospize**, aber auch auf Pflegeheime und besondere Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen. Dort, wo heute klare Mindeststandards und Beteiligungsrechte bestehen, sollen künftig deutlich weniger verbindliche Vorgaben gelten.

Eine solche Entwicklung birgt Risiken. Wenn staatliche Schutzmechanismen zurückgefahren werden und Verantwortung überwiegend an Marktmechanismen delegiert wird, steigt die Gefahr von Qualitätsverlusten und Fehlentwicklungen – gerade in sensiblen Lebensbereichen. Andere Bundesländer haben sich bewusst gegen einen solchen Weg entschieden.

Vor diesem Hintergrund unterstützt unser Landesverband eine **landesweite Unterschrifteninitiative**, die von einem breiten Bündnis aus Betroffenenvertretungen, Pflegeorganisationen, Behindertenverbänden und dem Verbraucherschutz getragen wird. Ziel ist es, auf die Schwächen des Gesetzentwurfs hinzuweisen und Nachbesserungen einzufordern.

Unsere Überzeugung dabei ist klar:

- Vertrauen entsteht nicht durch den Abbau von Schutz, sondern durch **verbindliche Mindeststandards**.
- Gesellschaftliche Verantwortung braucht ein **verlässliches staatliches Rahmenwerk**, besonders dort, wo Menschen auf Unterstützung angewiesen sind.

Mitzeichnen – auch ohne eigene Betroffenheit

Die Initiative richtet sich ausdrücklich **nicht nur an Pflegebedürftige oder Angehörige.**

Auch Menschen, die aktuell nicht betroffen sind, sind eingeladen, die Forderungen zu unterstützen.

Denn die Frage, wie Pflege, Teilhabe und Schutz organisiert werden, betrifft uns als Gesellschaft insgesamt – heute und in Zukunft.

Informationen zur Initiative und Möglichkeit zur Unterschrift:

<https://bit.ly/unterschriftenaktion-pflegegesetz>

Bitte machen Sie die Aktion in Ihrem Umfeld bekannt – durch Weiterleiten, Teilen oder persönliche Gespräche.

Für alle, die lieber analog unterschreiben möchten, steht zusätzlich eine **Papierliste** zur Verfügung. Diese kann ausgelegt und bis spätestens **22.01.2026** an die angegebene Adresse zurückgesendet werden. Bitte nutzen Sie entweder die digitale oder die analoge Form.

Weitere Informationen und Hintergründe finden Sie in den FAQs:

<https://bit.ly/faq-unterschriftenaktion-pflegegesetz>

Jetzt ist der Zeitpunkt, gemeinsam Haltung zu zeigen. Wenn viele Stimmen zusammenkommen, wird sichtbar, dass Schutz, Würde und Mitbestimmung keine Nebensache sind, sondern zentrale Werte unserer Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement.

Karl-Eugen Siegel

Weihnachtsgruß 2025 des SHV Baden-Württemberg



Liebe Mitglieder, liebe Angehörige, liebe Freundinnen und Freunde des SHV Baden-Württemberg,

am Ende dieses Jahres möchte **ich** Ihnen allen von Herzen danken.

2025 war für viele von uns ein Jahr voller Herausforderungen – in der häuslichen Pflege, in der Rehabilitation, im Umgang mit Behörden und nicht zuletzt im persönlichen Alltag. Zugleich habe ich immer wieder erfahren, wie wertvoll Gemeinschaft, Austausch und gegenseitige Unterstützung sind.

Jede Begegnung, jede Nachricht und jedes Gespräch hat mir
gezeigt:

Kein Mensch sollte diesen Weg allein gehen müssen.

Dass wir als Verband zusammenstehen und füreinander da sind,
erfüllt mich mit großer Dankbarkeit.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien **frohe und behütete Weihnachtstage**, Momente der Ruhe und Kraft – und einen guten, hoffnungsvollen Start in das neue Jahr 2026.

Möge das kommende Jahr allen Betroffenen, Angehörigen und Helfenden mehr Entlastung, mehr Sichtbarkeit und mehr Menschlichkeit bringen.

Mit herzlichen Grüßen

Karl-Eugen Siegel

SHV Baden-Württemberg